



NEWSLETTER 02/2013

# FORUM|MIGRATION

© goodluz - Fotolia.com



## Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

### Das tapfere Schneiderlein der Integrationspolitik

Wäre es streng nach dem Titel „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Mehr als nur PR?“ gegangen, hätte die Tagung des DGB Bildungswerk am 10. Dezember 2012 schnell beendet werden können. Die Frage wurde bejaht, und dann wandten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dem Thema zu, wie interkulturelle Öffnung am besten umgesetzt werden kann.

Es dürfte nicht mehr allzu viele Kommunen und Kreise in Deutschland geben, die das Thema nicht in der einen oder anderen Form auf der Agenda haben. Wie unterschiedlich die Ansätze und auch der Stand der konkreten Umsetzung ist, zeigt zum Beispiel eine Handreichung des Bereich Migration & Qualifizierung (siehe Seite 3).

Ob das Anlanden des Themas im Mainstream schnell ging oder ob der Fortschritt auch hier eine Schnecke war, mag jede und jeder für sich beantworten. Erstmal diskutiert über eine interkulturelle Öffnung der

Verwaltung wurde in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre in der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Die Tagungen liefen unter einem sperrigen Titel, der von den Beteiligten für den Alltagsgebrauch schnell in Behördentagung übersetzt wurde. Das DGB Bildungswerk nahm den Begriff und die dahinterstehende Idee auf: Seit dem Jahr 2003 finden regelmäßig Behördentagungen statt.

In diesem Jahrzehnt war von Tagung zu Tagung zu beobachten, wie zu den Aktivisten der ersten Stunde immer mehr hinzukamen. Die Motive sind eigentlich nahe liegend. Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen ist so etwas wie das tapfere Schneiderlein der Integrationspolitik. Hier werden (wenigstens) sieben Anforderungen auf einen Streich erledigt: Widerspiegelung der Bevölkerungsstruktur in der Behördenstruktur, Nutzung brachliegender Potenziale, Beschäftigungsperspektiven für Zuwanderer, und so weiter.

 Ein Podcast zu der Veranstaltung findet sich unter:  
[www.migration-online.de/2012\\_tagung\\_podcast](http://www.migration-online.de/2012_tagung_podcast)

### INHALT 02/2013

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	1
Woche der Weiterbildung 2013	2
Einkommensabstand von ausländischen Beschäftigten	2
Einbürgerungen von Ausländern	2
Interkulturelle Öffnung in Verwaltungen	3
Vielfalt verbindet	3
Politische Partizipation von Migranten	3
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Kommentar von Bertram Hilgen, Oberbürgermeister der Stadt Kassel	4
Feiertage	4



# Woche der Weiterbildung 2013

## Einladung, sich zu beteiligen

Inzwischen ist es schon eine Tradition: Seit 2007 findet Ende Mai die Woche der Weiterbildung statt – so auch in diesem Jahr, nämlich vom 27. bis 31 Mai.

Ziel der Woche der Weiterbildung ist es, dass Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt an Weiterbildung teilnehmen. Dazu ist zweierlei nötig. Zunächst müssen bestehende Angebote – wo nötig – zielgenauer auf die Bedürfnisse von Zuwanderern ausgerichtet oder überhaupt erst geschaffen werden. Zweitens müssen die Angebote bei den Betroffenen bekannt gemacht werden. Das heißt nicht nur, in den

Zusammenhängen, in denen sich Migrantinnen und Migranten bewegen, auf Angebote hinzuweisen, sondern zu erläutern, welche Bedeutung Weiterbildung im Arbeitsleben hat.

In der Woche der Weiterbildung werden auf Veranstaltungen, Foren und Messen Angebote vorgestellt. Gleichzeitig gibt es die Möglichkeit, dass alle Akteure in einem intensiven Erfahrungsaustausch andere Projekte kennen lernen und über eigene und andere Lösungsansätze diskutieren.

Das Angebot bei der Woche der Weiterbildung teilzunehmen richtet sich an Bildungseinrichtungen,

Migrantenorganisationen, Integrationsbeiräte, Personalverantwortliche aus Betrieben und Verwaltungen, Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften, Verbände sowie Beratungsstellen von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden.

Das DGB Bildungswerk lädt ausdrücklich dazu ein, sich an der Woche der Weiterbildung zu beteiligen.

 Im Internet können Plakate und Flyer heruntergeladen werden, in denen Freiflächen die Möglichkeit bieten, dort Werbung für eigene Veranstaltungen eindrucken zu lassen:

[www.migration-online.de/2013\\_wdw](http://www.migration-online.de/2013_wdw)

# Einkommensabstand von ausländischen Beschäftigten

## Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Im Januar 2013 veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit eine Studie, die in einer Pressemitteilung so angekündigt wurde: „Ausländer holen bei den Löhnen auf“. Im Text heißt es dann: „Ausländer, die neu in den deutschen Arbeitsmarkt eintreten, verdienen zunächst nur 64 Prozent des Durchschnittslohns der deutschen Arbeitnehmer. Acht Jahre später haben sie dann 72 Prozent des durchschnittlichen deutschen Lohnniveaus erreicht ...“ Das ist in der Tat ein Aufholen, aber ein sehr langsames. Mit einem Prozentpunkt pro Jahr würde es noch 28 Jahre dauern, bis der Durchschnittsverdienst von deutschen Arbeitnehmern erreicht wird. (Wobei hier unklar ist, ob tatsächlich deutsche oder nicht inländische Arbeitnehmer gemeint sind.)

Untersucht wurden die Einkommensentwicklungen von Männern (Frauen sind wegen der hohen Teilzeitquote aus methodischen Gründen ausgeklammert), die 2000 nach Deutschland kamen, bis zum Jahr 2008.

Zu den potenziellen Hintergründen für geringere Einkommen heißt es in der Studie: „Möglichlicherweise passen die aus dem Herkunftsland mitgebrachten Qualifikationen nicht oder nur unzureichend zum deutschen Arbeitsmarkt. Das ist beispielsweise der Fall, wenn die Migranten im Entsendeland andere Arbeitsmittel eingesetzt haben oder Produktionsprozesse dort anders organisiert waren.“

Die Kenntnis anderer Arbeitsorganisation könnte im Gegenteil sogar innovativ für ein hiesiges Unternehmen sein. Das hieße freilich, dass Arbeitgeber sich darauf einlassen und bereit sind, zu lernen.

Als weiterer Grund werden mögliche Sprachdefizite für eine geringere Bezahlung genannt.

Die Autoren verweisen auch auf einen weiteren Zusammenhang: „Die ungünstige Informationslage der Migranten und die mangelnde Vergleichbarkeit von Zeugnissen bieten auch Spielraum für Lohndiskriminierung. In der vorliegenden Studie können wir aber keine Aussagen über die Existenz und das Ausmaß von Lohndiskriminierung gegenüber Ausländern machen.“

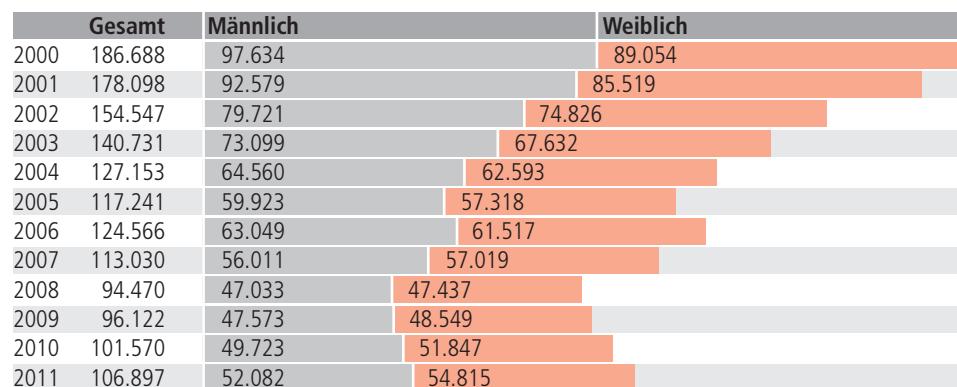
Der Frage Lohndiskriminierung nachzugehen, wäre hier natürlich spannend gewesen. Man kann nämlich die Tatsache, dass Ausländer nach acht Jahren auf dem deutschen Arbeitsmarkt immer noch 28 Prozentpunkte vom Durchschnittseinkommen entfernt sind, für sich genommen schon als Diskriminierung betrachten.

# Einbürgerungen von Ausländern

## Gesamt und nach Geschlecht, 2000 bis 2011

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat im Dezember 2012 die Zahlen zur Einbürgerung für die Jahre 2001 bis 2011 veröffentlicht. Im Jahr 2011 haben sich insgesamt 106.897 Menschen einbürgern lassen. Das sind mehr als in den Jahren 2008 bis 2010. Die Zahlen von 2000 bis 2007 wurden jedoch nicht wieder erreicht.

Die meisten einbürgerungswilligen Menschen kommen seit je her aus der Türkei. Im Jahr 2011 ließen sich 28.103 ehemals türkische Staatsangehörige einbürgern. Damit ist auch hier wieder ein leichter Zuwachs zu beobachten, die höchste Zahl seit 2007. An die Zahlen der Jahre 2001 bis 2006 kommen diese jedoch nicht heran. Auf den Plätzen folgen ehemals Serbien und Montenegro, Iran, Polen, Irak und



Russland. Trotz der Mitgliedschaft in der EU besitzen Menschen mit polnischer Herkunft weiterhin einen wahrzunehmenden Einbürgerungswillen. Im Übrigen haben zum Beispiel im Jahr 2010 die Hälfte der ein-

gebürgerten Menschen ihre alte Staatsangehörigkeit beibehalten.

 Quelle: BAMF, Daten: Statistisches Bundesamt 2012



# Interkulturelle Öffnung in Verwaltungen

## Handreichung informiert über die Praxis vor Ort

Die badische Kleinstadt Waldkirch, der nordrhein-westfälische Kreis Lippe und die Stadt Kassel könnten als Beispiel für regionale und strukturelle Unterschiede und damit Vielfalt in Deutschland herangezogen werden. Sie haben aber auch Gemeinsamkeiten, die gleichermaßen typisch sind: ihre Stadt- bzw. Kreisbevölkerung wird bunter. Dies auch in der Verwaltung zu berücksichtigen und diese interkulturell zu öffnen, hat sie im letzten Jahr in dem Projekt „Verwaltungen interkulturell stärken – Potenziale nutzen (veris)“ zusammengeführt.

Im Dezember 2012 ist im Rahmen des Projekts, das vom DGB Bildungswerk Bund durchgeführt wird, eine Handreichung erschienen, in der dargestellt wird, wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung

jeweils konkret angegangen wird. Ergänzt wird das durch kurze Informationen über die strukturellen Rahmenbedingungen, in denen die Kommunen bzw. der Kreis agieren. Dazu kommen erste Erfahrungsberichte von Beteiligten.

Allen drei Projektbeteiligten ist gemeinsam, dass die interkulturelle Öffnung der Verwaltung keine isolierte Maßnahme ist, sondern sich in eine kontinuierliche Politik einbettet, die zum Teil sehr weit zurückreicht. So gab es in Kassel den ersten Ausländerbeirat in Hessen, der 2012 seinen 30. Geburtstag feierte. Die Stadt Waldkirch hat vor 25 Jahren eine Ausländerberatung im Rathaus eingerichtet, und zwar als Vollzeit-Stelle. Für eine Stadt mit 21.000 Einwohnern ist das eine durchaus bemerkenswerte Handlung, die übrigens nicht zuletzt auf aktives bürgerschaftliches Engagement zurückging.

In allen drei Teilprojekten gibt es Integrationskonzepte. In Kassel und im Kreis Lippe sind diese in ein Zukunftsprogramm integriert, das auch den demografischen Wandel einbezieht und im Übrigen als Chefsache oben angesiedelt ist.

In Kassel hat ein Drittel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, im Kreis Lippe sind es 25 Prozent. Die Notwendigkeit, dieses Potenzial zu nutzen, liegt auf der Hand. Es geht aber nicht allein um Nützlichkeitserwägungen. Der Landrat des Kreises Lippe sieht es als „bürgerschaftliche Pflicht“, sich mit den Menschen, die kommen, „auseinanderzusetzen, ihre Kultur zu verstehen und auch zu respektieren“.

Die Handreichung „Interkulturelle Öffnung in Verwaltungen“ kann im Internet heruntergeladen werden unter: [www.migration-online.de/2012\\_hr\\_veris](http://www.migration-online.de/2012_hr_veris)

# Vielfalt verbindet

## Partnervereinbarung zwischen Rheinbahn und Integrationsministerium NRW

Das Integrationsministerium NRW und die Düsseldorfer Rheinbahn AG haben am 7. Januar 2013 die Partnervereinbarung „Vielfalt verbindet. Interkulturelle Öffnung als Erfolgsfaktor“ unterzeichnet. Mit der Vereinbarung sollen die Ziele der Landesinitiative „Mehr Migrantinnen und Migranten in den Öffentlichen Dienst – Interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ innerhalb der Rheinbahn umgesetzt werden.

Für die Landesregierung nahmen Integrationsminister Guntram Schneider und Staatssekretärin Zülfieye

Kaykin an der Unterzeichnung teil, die Rheinbahn wurde durch Arbeitsdirektor Klaus Klar vertreten.

Mit der Initiative möchte die Landesregierung den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Arbeitswelt erhöhen. Letztlich ist es das Ziel, dass sich in der Beschäftigtenstruktur die Zusammensetzung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung widerspiegelt. Guntram Schneider: Neben Behörden und Verbänden wollen wir auch privatwirtschaftliche Unternehmen für dieses Ziel gewinnen. Deshalb freue ich mich sehr, dass sich die Rheinbahn unserer Initiative anschließt. Gerade große Unternehmen wissen, dass Vielfalt ein Erfolgsfaktor ist.

Für Klaus Klar fügt sich die Beteiligung am Projekt in die Unternehmenspolitik: „Wir betrachten die Förderung von Teilhabe, Antirassismus, interkultureller Verständigung und partnerschaftlichem Verhalten im Arbeitsleben und auch darüber hinaus seit vielen Jahren als Selbstverständlichkeit und als eine dauerhafte Verpflichtung, bei der wir nicht nachlassen werden.“

Die Landesregierung hatte zuvor bereits Partnervereinbarungen mit dem Caritasverband Kreis Unna, dem Landesverband der Volkshochschulen von NRW, dem Kreis Soest, der Stadt Duisburg, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in NRW, dem Kreis Lippe und der Bezirksregierung Arnsberg unterzeichnet.

# Politische Partizipation von Migranten

## IG Metall und Interkultureller Rat legen gemeinsame Handreichung vor

Die IG Metall (IGM) und der Interkulturelle Rat (IR) haben im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahr 2013 gemeinsam eine Handreichung mit dem Titel „Demokratie fördern – Vielfalt leben“ veröffentlicht, in der sie ihre Forderung nach mehr politischer Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Deutschland konkretisieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Optionspflicht, die doppelte Staatsbürgerschaft und auch das kommunale Wahlrecht.

„Wer Migrantinnen und Migranten dauerhaft die politische Teilhabe verwehrt und ihnen damit signalisiert ‚Ihr gehört nicht dazu!‘, verstößt gegen demokratische Prinzipien, gerät in Konflikt mit den Menschenrechten und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, betonen Jürgen Micksch, Vor-

sitzender des IR und Christiane Benner, Geschäftsführendes Vorstandmitglied der IGM.

Bei der Optionspflicht gibt es aktuell Handlungsbedarf. In Deutschland geborenen Kindern, so genannten Optionskindern, droht der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn sie sich nicht fünf Jahre nach ihrer Volljährigkeit bewusst für die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden. Dies betrifft im Jahr 2013 lediglich rund 3.000 junge Erwachsene, im Jahr 2018 rechnen Experten jedoch mit bis zu 40.000 Betroffenen.

Damit verbunden wäre die Akzeptanz der mehrfachen Staatsbürgerschaft, es würde nicht nur die Optionspflicht unnötig machen, sondern auch einem bereits bestehenden Faktum gerecht werden, da bereits jetzt eine Vielzahl von Mehrstaatigkeiten hingenommen wird. Gleichzeitig müsste der Erwerb des

deutschen Passes erleichtert werden, wie zum Beispiel durch die Anrechnung bisher nicht anerkannter Aufenthaltszeiten, wie Asyl, Duldung und Studium.

Zuletzt muss es rund drei Millionen Menschen in Deutschland, die dauerhaft hier leben, ermöglicht werden, zu wählen, betonen die IG Metall und der Interkulturelle Rat.

IGM und IR halten die Situation für absurd, dass ein seit Kurzem hier lebender EU-Bürger auf kommunaler Ebene wählen darf, ein seit zwanzig Jahren in Deutschland lebender Drittstaatler jedoch nicht.

Die Handreichung kann im Internet heruntergeladen werden unter: [www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/IGM\\_demokratie\\_final.pdf](http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/IGM_demokratie_final.pdf)



# Interkulturelle Öffnung der Verwaltung



© Stadt Kassel

## Kommentar von Bertram Hilgen, Oberbürgermeister der Stadt Kassel

Die nordhessische Metropole Kassel zählt mit zu den wirtschaftlich dynamischsten Großstädten Deutschlands. Im documenta-Sommer 2012 war Kassel erneut Anziehungspunkt für eine Vielzahl von Kunstinteressierten aus aller Welt. Aber nicht nur die Besucherinnen und Besucher Kassels sind von Vielfalt geprägt, sondern auch die Einwohnerinnen und

Einwohner, von denen rund ein Drittel über einen Migrationshintergrund verfügt.

Die gleichberechtigte Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner Kassels am gesellschaftlichen Leben ist für mich ein zentrales Anliegen. Politik und Verwaltung und alle stadtgesellschaftlichen Gruppen müssen dabei jedoch an einem Strang ziehen. Eine wichtige Grundlage für die Erreichung dieses Ziels wurde am 25. Juni 2012 von der Stadtverordnetenversammlung geschaffen. Das in einem intensiven Beteiligungsprozess erarbeitete Kasseler Integrationskonzept mit dem Titel „Alle gehören dazu! Kassel ist bunt und lebt Vielfalt in allen Generationen“ wurde an diesem Tag einstimmig verabschiedet.

Um für alle Vorbild zu sein, hat die Stadtverwaltung Kassel im gleichen Monat mit dem Ausbau der Interkulturellen Öffnung der Verwaltung begonnen. Dadurch soll sich im Grunde immer mehr die Vielfalt unserer Stadt auch innerhalb der Verwaltung widerspiegeln. Aufbauend auf bereits erfolgreiche Bausteine der Personalentwicklung wird in Zusammenarbeit mit dem DGB Bildungswerk BUND in dem Projekt „veris“ (Verwaltungen interkulturell stärken – Vielfalt nutzen) die interkulturelle Kompetenz der Belegschaft der Stadtverwaltung ausgebaut. Gleichzeitig soll bei allen Stellenausschreibungen der Zusatz aufgenommen werden, dass die Stadtverwaltung Kassel offen ist für Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem wird „Interkulturelle Kompetenz“ als zusätzliche Schlüsselqualifikation in die Stellenanforderungsprofile aufgenommen. Den

Nutzen dieser Maßnahmen sehe ich mit Blick auf eine moderne und zeitgemäße Verwaltungsführung auf zwei Ebenen:

Zum einen bin ich davon überzeugt, dass eine hinsichtlich Alter, Geschlecht und Herkunft heterogene Belegschaft die kollegiale Zusammenarbeit sowie die Kreativität fördert. Zudem vermittelt interkulturelle Kompetenz den Mitarbeitenden sowohl Sicherheit im Umgang mit ihren zugewanderten Kolleginnen und Kollegen als auch mit den zugewanderten Einwohnerinnen und Einwohnern, die ins Rathaus kommen. Langfristig wird dies nicht nur zu einem Entlastungseffekt der Belegschaft führen, sondern auch zur Verbesserung von Arbeitsmotivation und Arbeitszufriedenheit beitragen.

Der zweite wichtige Aspekt liegt aus meiner Sicht in der Verbesserung der Außenwirkung der Stadtverwaltung. Den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wird der Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen der Stadtverwaltung erleichtert. Die Servicequalität wird erhöht.

Nicht zuletzt lässt sich damit eine verbesserte Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund, ihrer Interessen und Sprachen in der Verwaltung gewährleisten. Denn den Stadtfrieden erhalten heißt, die Teilhabe aller ermöglichen und sich respektvoll begegnen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt  
Layout/Satz: ideeal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

## GEFÖRDERT DURCH

